
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

DR. NAAS ZUR LUFTHANSA

23.06.2020

- Lufthansa ist unverschuldet in Not geraten
- Hilfe ist nötig, um Arbeitsplätze zu retten
- Staat muss sich aus Unternehmensführung raushalten

WIESBADEN – „Ein Großteil der hessischen Wirtschaft steht auf dem Spiel. Es geht um Zigtausende Arbeitsplätze bei der Lufthansa und am Frankfurter Flughafen“, sagt Dr. Stefan NAAS, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, in Bezug auf die aktuelle Situation der größten deutschen Fluggesellschaft. „Wir wünschen uns, dass die Lufthansa gut durch die Krise kommt. Der Kranich muss wieder fliegen. Deshalb fordern wir alle Beteiligten auf, bei der bevorstehenden Hauptversammlung eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen. Die Insolvenz muss verhindert werden“, sagt Naas. Die Freien Demokraten haben die Lufthansa als Thema ihrer Aktuellen Stunde am Donnerstag im Plenum des Landtags gesetzt.

„Die Lufthansa ist Teil der hessischen DNA und hat, ebenso wie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unsere Solidarität und Hilfe verdient. Zumal sie ein profitables Unternehmen ist, das unverschuldet in Not geraten ist“, macht der wirtschaftspolitische Sprecher klar. „Doch die Art der Staatshilfe, die die Bundesregierung vorgelegt hat, halten wir für falsch. Anstatt der Lufthansa einen Kredit über neun Milliarden Euro in der Not zu geben oder eine stille Beteiligung zu zeichnen, glaubt der Staat mal wieder, der bessere Unternehmer zu sein und will sich mit knapp 20 Prozent beteiligen“, erklärt Naas. Bundesregierung, Lufthansa und Großaktionär Thiel müssten sich nun einig werden - andernfalls drohe die Insolvenz.

Naas ergänzt: „Mit der 20-prozentigen-Beteiligung hat der Staat der Lufthansa einen Bärendienst erwiesen. Die Staatsbeteiligung ist für uns Freie Demokraten ein Irrweg, der

schnell beendet werden muss. Heute bleibt uns zu hoffen und zu appellieren, dass es eine Einigung aller Beteiligten zur Hauptversammlung gibt und dass möglichst viele Arbeitsplätze in Hessen erhalten bleiben. Deshalb fordern wir auch die Abschaffung der Luftverkehrssteuer, verbesserte Sicherheitskontrollen und Lockerungen der Reisebeschränkungen in Frankfurt. Die Lufthanseaten, die jeden Tag für einen starken Kranich kämpfen, haben das verdient.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de